

Rechts- und Staatswissenschaftliche
Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft

Herausgegeben von Alexander Hollerbach · Hans Maier · Paul Mikat

Neue Folge, Heft 45

DIETHELM KLIPPEL

Der zivilrechtliche Schutz des Namens

Eine historische und dogmatische Untersuchung

B 44 793

**Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt**

1985

Ferdinand Schöningh
Paderborn · München · Wien · Zürich

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	25
I. Fragestellung	25
II. Literatur	29

Teil I

Historische Grundlagen und Entwicklung des Namens- und Firmenschutzes bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

1. Kapitel: <i>Namens- und Firmenschutz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts</i>	37
I. Die Sicherstellung der Identifikations- und der ständischen Differenzierungsfunktion des Familiennamens	39
1. Die Durchsetzung des Führens fester Familiennamen	39
2. Das Verbot willkürlicher Namensänderungen.	41
3. Der polizei- und strafrechtliche Schutz der Identifikationsfunktion des Namens	43
4. Der strafrechtliche Schutz des adligen Familiennamens	45
II. Familienname und Namensschutz im Privatrecht	47
1. Der Familienname bei Tileman Dothias Wiarda (1800)	47
a) Die Freiheit der Namensänderung	47
b) Namensschutz und Familie	48
c) Das Eigentum am Namen.	50
d) Der historische Stellenwert	50
2. Rechtsprechung und Literatur in Sachsen.	51
a) Die Rechtsprechung	51
b) Die Kritik an der Freiheit von Namenswahl und -änderung aus öffentlich-rechtlicher Sicht	52
c) Die Ablehnung des subjektiven Namensrechts	54
3. Name, Eigentum und Persönlichkeitsrecht in der Pandektistik	55
a) Die systematischen Schwierigkeiten bei der rechtlichen Einordnung des subjektiven Namensrechts	56
b) Der deliktische Schutz des Namens	59
4. Adelsname und Adelswappen im Deutschen Privatrecht.	61
5. Überblick: Namensschutz im geschäftlichen Bereich.	64

III. Firmen- und Namensschutz in der Gesetzgebung bis zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch	66
1. Das Vorherrschen öffentlich-rechtlicher Regelungen zum Schutz der Firma	66
2. Firma und Name in der Gesetzgebung zum Markenschutz	69
a) Der polizeiliche und strafrechtliche Schutz	69
b) Die Anfänge eines zivilrechtlichen Schutzes.	72
c) Das österreichische Markenschutzgesetz von 1858	74
d) Die Gründe für die späte Ausbildung eines zivilrechtlichen Markenschutzes	75
IV. Die Entwicklung des Firmenschutzes und die Anfänge eines subjektiven Firmenrechts in Rechtswissenschaft und Rechtsprechung.	76
1. Der Grundsatz der freien Firmenwahl.	76
a) Die Firma bei Christian Wilhelm Schweitzer (1803)	76
b) Grundsatz und landesrechtliche Ausnahmen	78
c) Begriff und Funktionen der Firma	79
d) Vorschläge zum Ausgleich der Nachteile des Grundsatzes	80
2. Die Anfänge des subjektiven Firmenrechts	81
3. Der zivilrechtliche Schutz der Firma in der Rechtsprechung	84
a) Gemeines Recht	84
b) ALR	85
c) Rheinisches Recht	85
V. Die Rechtswissenschaft und der Schutz von Name und Firma als Warenbezeichnungen	90
1. Der polizeiliche und strafrechtliche Schutz	90
2. Die Wurzeln des subjektiven Markenrechts.	92
3. Die Anfänge der zivilrechtlichen Behandlung	93
VI. Zusammenfassung	96
2. Kapitel: <i>Die Bedeutung des ADHGB und des Markenschutzgesetzes für die Entwicklung von Namens- und Firmenschutz</i>	99
I. Die Firmenvorschriften des ADHGB	100
1. Firmenfreiheit, Firmenwahrheit und Übertragbarkeit der Firma.	101
2. Firma und Handelsregister	104
3. Subjektives Firmenrecht und zivilrechtlicher Firmenschutz	108
II. Firma und subjektives Firmenrecht in Literatur und Rechtsprechung	110
1. Die Firma als Handelsname des Kaufmanns	111
2. Übertragbarkeit und wirtschaftliche Bedeutung der Firma	114
3. Voraussetzungen und Umfang des subjektiven Firmenrechts	116

4. Die rechtliche Einordnung des subjektiven Firmenrechts	118
5. Gegner des subjektiven Firmenrechts	120
III. Die Bedeutung von Art. 26 und 27 ADHGB.	122
1. Der öffentlich-rechtliche Firmenschutz	124
2. Die Anerkennung des Rechtes am Namen über Art. 27 I ADHGB	126
3. Der unbefugte Gebrauch einer Firma	130
a) Die Auslegung von „unbefugt“	130
b) Die restriktive Auslegung von „Gebrauch“	131
IV. Die Entstehung des Markenschutzgesetzes von 1874	132
1. Das Bedürfnis nach zivilrechtlichem Schutz von Warenbezeichnungen	132
2. Die Entstehungsgeschichte	134
V. Die Bedeutung des Markenschutzgesetzes für die Entwicklung von Namens- und Firmenrecht	136
1. Die Erweiterung des zivilrechtlichen Namens- und Firmenschutzes	136
2. Die gemeinsame Funktion von Name, Firma und Warenzeichen . .	139
3. Die rechtliche Einordnung des subjektiven Warenzeichenrechts . .	140
4. Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Verwertbarkeit von Warenbezeichnungen	143
5. Grenzen des Markenschutzes und unlauterer Wettbewerb.	145
a) Die restriktive Rechtsprechung	146
b) Unlauterer Wettbewerb und Markenschutz	147
VI. Zusammenfassung	149
3. Kapitel: <i>Die Entwicklung des subjektiven Namensrechts bis zum BGB.</i>	152
I. Name und Namensrecht bei Robert Hermann (1862).	153
II. Namensrecht und öffentliches Recht	157
1. Die Konsolidierung der Identifikationsfunktion des Namens	157
2. Namensschutz als Aufgabe des öffentlichen Rechts	158
3. Auswirkungen	161
III. Der deliktische Schutz des Namens.	162
IV. Die wirtschaftliche Seite des Namensrechts	165
1. Die Entwicklung eines Rechtes am Namen im Handels- und Warenzeichenrecht	166
2. Das Namensrecht der juristischen Person	167

3. Wirtschaftliche Bedeutung und Verfügbarkeit des Namens	169
a) Die wirtschaftliche Bedeutung	169
b) Die Verfügbarkeit	170
V. Name und Familie	172
1. Die Zulässigkeit des Zivilrechtsweges	172
2. Der Name als Recht der Familie	173
VI. Das Recht am Namen im System des Privatrechts.	176
1. Das Namensrecht als Immaterialgüterrecht	178
2. Das Namensrecht als Persönlichkeitsrecht.	180
3. Die Frage der Verfügbarkeit des Namens	182
4. Der Schutzbereich des Rechtes am Namen	184
VII. Pseudonym und Wappen	186
1. Der privatrechtliche Schutz des Pseudonyms	187
2. Das Wappenrecht	189
VIII. Zusammenfassung	190
4. Kapitel: <i>Grundlagen und Funktionen von Immaterialgüter- und Persönlichkeitsrechten im 19. Jahrhundert.</i>	193
I. Die rechtsphilosophischen und wirtschaftstheoretischen Grundlagen	194
1. Immaterialgüter- und Persönlichkeitsrechte als legitime Nachfolger privatrechtlicher Privilegien	194
2. Die naturrechtlich-rechtsphilosophischen Grundlagen der Persönlichkeitsrechte	198
3. Der Eigentumsbegriff	202
4. Die wirtschaftstheoretische Erfassung immaterieller Güter.	205
II. Die Theorien im Zivilrecht	210
1. Die Öffnung des überkommenen Systems subjektiver Rechte.	211
2. Die Theorie der Persönlichkeitsrechte bei Karl Gareis	213
3. Die Anerkennung der Persönlichkeitsrechte am Ende des 19. Jahrhunderts	216
4. Die Theorie der Immaterialgüterrechte	218
5. Immaterialgüterrechte und Persönlichkeitsrechte	221
III. Die Funktionen	222
1. Persönlichkeits- und Immaterialgüterrechte als Property Rights	223
2. Namens-, Firmen- und Warenzeichenrecht als systemkonformer Schutz gegen unlauteren Wettbewerb	225

3. Der Mißerfolg der öffentlich-rechtlichen und deliktsrechtlichen Lösungen	227
4. Freiheitsrechte, Persönlichkeitsrechte und allgemeines Persönlichkeitsrecht	229
IV. Zusammenfassung	232

Teil II

Die Ausbildung des heutigen Systems des Namens- und Firmenschutzes

5. Kapitel: Die Entstehung der gesetzlichen Grundlagen	237
I. § 12 BGB: Entstehungsgeschichte und Reformversuche	238
1. Das Namensrecht in der 1. Kommission	240
a) Die Auffassungen von Planck und Gebhard	240
b) Die Beratungen der 1. Kommission	241
c) Die Grundlagen der ablehnenden Haltung gegenüber einer Regelung des Namensrechts	243
2. Die Kritik am 1. Entwurf	244
3. Die Entstehung von § 12 BGB in der Revision des 1. Entwurfs	246
a) Die Vorkommission des Reichsjustizamtes	246
b) Die 2. Kommission	247
4. Die Kritik am Namensrecht des 2. Entwurfs	250
5. Vom revidierten 2. Entwurf (Bundesratsvorlage) zum BGB	251
6. Das Namensrecht im Entwurf des „Volksgesetzbuches“ von 1942	253
7. Das Namensrecht im Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschatzes (1958/59)	256
II. Das Warenzeichengesetz	259
1. Die Entstehung des Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894	259
2. Die Ausweitung des Schutzes von Warenbezeichnungen	260
3. Warenzeichenschutz und Wettbewerb	263
4. Die weitere Entwicklung des WZG	265
a) Der Entwurf von 1913	265
b) Der Entwurf von 1929	266
c) Das Warenzeichengesetz vom 5. Mai 1936	267
III. Die Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb von 1896 und 1909	268
1. Zur Vorgeschichte des Schutzes gegen unlauteren Wettbewerb	268
2. Das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896	270
a) Der 1. Entwurf	270

b) Die Diskussion des Entwurfs in der Literatur	272
c) Die parlamentarische Behandlung	274
3. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909	275
a) Die Kritik am UWG von 1896	275
b) Der Entwurf von 1907	277
c) Der Entwurf von 1909 im Reichstag	278
IV. Die Firmenvorschriften in der Entstehungsgeschichte des HGB	280
1. Der Verlauf der Gesetzgebungsarbeiten	281
2. Die Vorschriften des HGB zum Firmenschutz	283
3. Firmenwahrheit und Recht an der Firma	285
a) Die Auseinandersetzung um den Grundsatz der Firmenwahrheit	286
b) Die Bedeutung für das subjektive Firmenrecht	289
V. Zusammenfassung	291
6. Kapitel: <i>Grundstrukturen des Systems und seine Weiterentwicklung durch Rechtsprechung und Literatur</i>	294
I. Der Ausgangspunkt: Grundgedanken und Verhältnis der gesetzlichen Bestimmungen	295
1. Die Durchsetzung des zivilrechtlichen Schutzes	296
2. Die Struktur des zivilrechtlichen Namens- und Firmenschutzes bis zum UWG von 1909	297
a) Die Behandlung in den amtlichen Materialien	297
b) Das Verhältnis der gesetzlichen Regelungen zueinander	299
c) Die Auffassung von Rechtsprechung und Literatur	301
3. Die Veränderungen durch das UWG von 1909.	302
4. Die gemeinsamen Grundgedanken	302
II. Die Ausdehnung von § 12 BGB auf andere Bezeichnungen als den Namen natürlicher Personen durch die Rechtsprechung	305
1. Der Name des eingetragenen und des nicht rechtsfähigen Vereins	305
a) Der eingetragene Verein.	305
b) Der nicht rechtsfähige Verein.	307
2. Die Firma	308
a) Die Firma des Einzelkaufmanns	308
b) Die Firma juristischer Personen.	309
c) Die Firma von OHG und KG	311
d) Der Schutz der Firma generell	312
3. Firmenbestandteile	312
4. Andere Bezeichnungen im Geschäftsverkehr	315
5. Sonstige Namen und Kennzeichen außerhalb des geschäftlichen Verkehrs	317

III. Die Begrenzung des Anwendungsbereichs der handels- und warenzeichenrechtlichen Namens- und Firmenschutzvorschriften durch die Rechtsprechung	318
1. Die Reduzierung der Bedeutung von § 37 II HGB	319
2. Die warenzeichenrechtlichen Namens- und Firmenschutzvorschriften	321
IV. Die Entwicklung des Verhältnisses von § 16 UWG und § 12 BGB in der Rechtsprechung	324
1. § 16 UWG als umfassende Namens- und Firmenschutznorm im geschäftlichen Bereich	325
2. § 16 UWG als Mittel zur Auslegung von § 12 BGB	326
a) Das „Mittelland“-Urteil des Reichsgerichts	326
b) Der Zweck der Heranziehung von § 16 UWG	327
c) Die Kollision zweier Familiennamen als Firmenbestandteile	328
3. Das Zusammenfallen der Tatbestände von § 16 UWG und § 12 BGB im Geschäftsverkehr	331
4. Der Einfluß von § 16 UWG bei der Auslegung von § 12 BGB im nichtgeschäftlichen Bereich	332
5. Die eigenständige Bedeutung von § 12 BGB im geschäftlichen Verkehr	334
a) Die Trennung der Ansprüche aus § 16 UWG und § 12 BGB	334
b) Der Schutz gegen Verwässerungsgefahr	336
V. Zur Entwicklung der Literatur	339
1. Die Zustimmung der Literatur zur Entwicklung der Rechtsprechung	340
2. Die kritische Literatur	342
3. Die Kontroverse um die „Enteignung des Familiennamens“	345
VI. Zusammenfassung	347

Teil III

Theoretische Grundlegung und Hauptprobleme des Namensrechts

7. Kapitel: <i>Begriff und Funktionen des Familiennamens</i>	351
I. Zur Fragestellung	351
II. Begriff	352
III. Funktionen	355
1. Identifikations- und Individualisierungsfunktion	355
2. Die Individuierungsfunktion	358

3. Zur Frage der Identität von Name und Person	360
4. Die familiale Zuordnungsfunktion.	361
5. Die „Ordnungsfunktion“ des Namens.	363
a) Die mangelnde Präzision	363
b) Die unzutreffende Einordnung der namensrechtlichen Vorschriften des Familienrechts in das öffentliche Recht.	365
IV. Zusammenfassung	366
<i>8. Kapitel: Der Schutzbereich des Rechts am Familiennamen</i>	368
I. Absolutes subjektives Recht und Schutzbereich	369
1. Zum Begriff des subjektiven Rechts	370
2. Die Absolutheit subjektiver Rechte	370
II. Die Bemühungen von Rechtsprechung und Literatur zur Konturierung des Namensrechts	373
1. Namensgebrauch und Schutzzweck von § 12 BGB.	374
2. Die Unbefugtheit des Namensgebrauchs	383
3. Die Interesseverletzung	386
III. Die geschützten Interessen	389
1. Der Ausgangspunkt: historischer Befund und Namensfunktionen	389
2. Die Eingrenzung der möglichen Interessen durch die Namensfunktionen	390
a) Die Disfunktionalität des Anonymitätsinteresses und des Interesses an einem exklusiven Namensgebrauch.	390
b) Die Ablehnung eines „Rechts am eigenen Datum“	392
3. Die einzelnen Interessenkreise	394
a) Das Interesse am unbestrittenen Eigengebrauch.	395
b) Das Interesse an der familialen Zuordnungsfunktion.	395
c) Das Identitätsinteresse	398
d) Das Individuierungsinteresse	400
e) Das Interesse an der Vermeidung von Verwechslungsgefahr	404
f) Andere Interessen	406
IV. Die gesetzlichen Tatbestände	411
1. Der Schutz gegen Namensbestreitung (§ 12 S. 1 Alt. 1 BGB)	412
a) Bedeutung	412
b) Verhältnis zum Schutz gegen Namensmißbrauch.	413
2. Die Interesseverletzung durch unbefugten Gebrauch des gleichen Namens (§ 12 S. 1 Alt. 2 BGB)	414
a) Die Interesseverletzung	414
b) Der Namensgebrauch durch einen anderen	416

c) Die Namensgleichheit	417
d) Die Unbefugtheit	418
e) Die Frage des Schutzes gegen Verwechslungsgefahr.	421
3. Der Schutz des Familiennamens gegen Verwechslungsgefahr (§§ 16 UWG, 24 WZG).	423
a) Die Bedeutung von § 16 UWG.	424
b) Die Bedeutung von § 24 WZG	425
c) Die Relativität des Schutzes gegen Verwechslungsgefahr	426
4. Der Schutz des Familiennamens im HGB.	431
5. Das Verhältnis von § 12 BGB zu den sonstigen Namensschutzvorschriften	434
V. Das Recht am Familiennamen als absolutes subjektives Privatrecht	438
VI. Zusammenfassung	442
9. Kapitel: <i>Die geschützten Bezeichnungen der natürlichen Person</i>	447
I. Der Adelsname	447
II. Geburtsname, Ehe- und Begleitname	449
1. Das Recht am Geburtsnamen	449
a) Die Änderung des Geburtsnamens	449
b) Der Geburtsname als Begleitname	450
c) Der Geburtsname als aktualisierbarer Name.	450
2. Das Recht am Begleitnamen	453
3. Das Recht am Ehenamen.	454
III. Der Vorname	456
1. Der Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung	456
2. Der Schutz des Vornamens.	458
a) Die Funktionen des Vornamens	458
b) Der Schutz zusammen mit dem Familiennamen	459
c) Der eigenständige Schutz	460
IV. Das Pseudonym	461
1. Die Auffassungen von Literatur und Rechtsprechung zum Schutz des Pseudonyms	462
2. Die Funktionen des Pseudonyms	465
3. Der Schutz des Pseudonyms	468
a) Die geschützten Interessen	468
b) Rechtsgrundlagen und Voraussetzungen	469
c) Das Recht am Pseudonym	472
V. Die Firma des Einzelkaufmanns.	475
1. Die Auffassungen der Literatur zum Schutz der Firma nach § 12 BGB	476

2. Die Funktionen	477
3. Der Schutz der Firma	478
VI. Andere Kennzeichen	480
1. Firmenbestandteile und andere Bezeichnungen im geschäftlichen Verkehr	481
2. Das Wappen	482
3. Kennzeichen außerhalb des geschäftlichen Verkehrs	483
4. Das Personenkennzeichen	484
VII. Zusammenfassung	485
<i>10. Kapitel: Das Namensrecht als Immaterialgüterrecht und als Persönlichkeitsrecht</i>	487
I. Die Rechtsnatur des Namensrechts	487
1. Zur Fragestellung	487
2. Die Meinungen in Rechtsprechung und Literatur	488
a) Die Rechtsprechung	488
b) Die Literatur	490
3. Zur Theorie der Persönlichkeits- und Immaterialgüterrechte.	494
a) Die theoretische Ableitung der Persönlichkeitsrechte.	495
b) Die Abgrenzung von Persönlichkeits- und Immaterialgüter- rechten	496
4. Der Doppelcharakter des Namensrechts.	497
a) Die Auswirkungen des 1. EheRG.	498
b) Das Namenspersönlichkeitsrecht	500
c) Das Namensimmaterialgüterrecht	502
II. Namensrecht und allgemeines Persönlichkeitsrecht	505
1. Entwicklung und heutige Bedeutung des allgemeinen Persönlich- keitsrechts	505
2. Namensrecht und „Recht an den eigenen Identitätsmerkmalen“ . .	508
3. Das Verhältnis von Namenspersönlichkeitsrecht und allgemeinem Persönlichkeitsrecht	511
4. Der Name im allgemeinen Persönlichkeitsrecht	513
5. Namensrecht und Geldersatz für immaterielle Schäden	517
III. Namensrecht, allgemeines Persönlichkeitsrecht und Datenschutz . . .	519
IV. Zusammenfassung	520
<i>11. Kapitel: Übertragbarkeit und postmortaler Schutz des Namens</i>	523
I. Die „Übertragung“ des Namens im Familienrecht	524

II. Die Übertragbarkeit des Namensrechts	526
1. Die Ansichten in Rechtsprechung und Literatur	527
2. Die Gestattung der Führung des Namens als Pseudonym	531
3. Die Übertragung des Namensimmateriälgüterrechts	533
a) Der Name bei der Firmenübertragung	534
b) Der Name bei der Übertragung der besonderen Geschäftsbezeichnung	541
c) Der Name bei der Übertragung von Warenbezeichnungen	542
4. Die sonstige Verwendung fremder Namen	544
a) Namensgebung mittels fremder Namen	544
b) Persönlichkeitsrechtliche Schutzpositionen	546
III. Der postmortale Schutz des Namens	547
1. Die Kontroverse um den postmortalen Persönlichkeitsschutz	548
2. Der postmortale Schutz des Namensrechts: Literatur und Rechtsprechung	554
3. Der postmortale Schutz des Namensimmateriälgüterrechts	556
4. Postmortaler Namensschutz als Schutz des Namenspersönlichkeitsrechts der Angehörigen	557
a) Das Erlöschen des Namenspersönlichkeitsrechts des Verstorbenen	557
b) Der Schutz der namensrechtlichen Interessen Angehöriger	557
c) Der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts Angehöriger	559
d) Der betroffene Personenkreis	560
IV. Zusammenfassung	561
<i>12. Kapitel: Das Namensrecht juristischer Personen und nicht rechtsfähiger Personenmehrheiten</i>	<i>564</i>
I. Das Namensrecht juristischer Personen des Zivilrechts	565
1. Der Streitstand in der Literatur	566
2. Persönlichkeitsrechte und Theorie der juristischen Person	571
a) Zur Begründung von Persönlichkeitsrechten der juristischen Person	572
b) Zur Theorie der juristischen Person	574
3. Namens- und Firmenschutz juristischer Personen des Zivilrechts	577
a) Die gemeinsamen Grundlagen	577
b) Die Firma der juristischen Person	579
c) Juristische Personen ohne Firma	581
d) Andere Namensimmateriälgüterrechte	582
II. Das Namensrecht nicht rechtsfähiger Personenmehrheiten	583
1. Die Firma der Personengesellschaft	583

2. Der Name der BGB-Gesellschaft	584
3. Der Name des nicht rechtsfähigen Vereins	585
III. Das Namensrecht politischer Parteien	586
IV. Das Namensrecht juristischer Personen des öffentlichen Rechts	588
V. Zusammenfassung	591
<i>Quellen und Literatur</i>	593